

Post-Kyoto and the “Green New Deal” – Green Opportunities for Japan, Germany and the US

Andrew DeWit, Director, Economic Research Center, Rikkyô University, Tôkyô

Ein gemeinsames Symposium der Friedrich Ebert Stiftung (FES), des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin (JDZB), des Fujitsu Research Institutes (FRI) und des Economic Research Center an der Rikkyô Universität am 10. Juni 2009, im International Forum in Tôkyô

Der erste Diskussionsrunde des Symposiums stand unter dem Titel „Post-Kyoto: New Targets, New Opportunities“. Es sprachen die ehemalige japanische Umweltministerin, KOIKE Yuriko, und Matthias Machnig, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Robert Orr, Präsident der Panasonic Foundation und ehemals Mitglied und Präsident von Boeing Japan sowie Mitglied des Netzwerks für auswärtige Politik und einer Wirtschaftsgruppe von Präsident Obama, erläuterte die amerikanische Politik und TAKAHASHI Yasuo sprach in seiner Funktion als Direktor des Office of Market Mechanisms, Climate Change Policy Division für das Japanische Umweltministerium.

Diese Redner gingen auf eine Reihe von Punkten ein, die im Laufe dieses Jahres zunehmend wichtiger werden werden. KOIKE beklagte sich über die Berichte in den Medien über ihre „Cool Biz“-Politik Mitte der 90er Jahre und verteidigte sich, dass es nicht einfach nur darum gegangen sei, Krawatten abzunehmen und die Klimaanlage weniger kühl einzustellen. Sie schilderte diese Bemühungen als Kern eines umfangreicheren Programms zur Energieeinsparung und Verbreitung einer Ethik der Nachhaltigkeit. Machnig konzentriert sich in seinem Vortrag mehr auf politische Maßnahmen und eröffnete ihn mit dem Hinweis, dass es dringend notwendig sei, Veränderungen im Bezug auf Energie und Klima einzuleiten und beschrieb den zunehmenden Erfolg, den Deutschland auf dem Feld der erneuerbaren Energien aufweist. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) habe gerade am Tag vorher erklärt, dass Produkte für erneuerbare bzw. nachhaltige Energie in nächster Zukunft zum größten Einzelsektor in der deutschen Industrie werden würden. Schon jetzt ist dieser Sektor größer als die deutsche Autoindustrie. Machnig erinnerte die Zuhörer auch nachdrücklich daran, dass dieses Jahr, mit seinem Post-Kyoto Gipfel in Kopenhagen, ohne Beispiel in der menschlichen Geschichte ist. Eindringlich erklärte er, dass wir verantwortlich handeln müssten, indem wir die bewährten Instrumente kluger öffentlicher Politik nutzen, um Anreize in der gesamten Wirtschaft zu gestalten. Auf Machnigs Enthusiasmus für verantwortliches Handeln folgte Robert Orr mit ziemlich ernüchternden Worten über die Schwierigkeiten des politischen Prozesses in Washington. Es gibt keinen Zweifel am Engagement der Obama-Regierung für die Erreichung einer stabilen industriellen Transformation. Doch der Teufel steckt im Detail und in den verschiedenen Ausschüssen des Kongresses. Das sehr offene und fragmentierte Regierungssystem der USA gibt den Vertretern des Status quo viele Möglichkeiten, die Bemühungen um einen Wechsel zu stören. Orr zitierte das Bild von „Der alte Mann und das Meer“ zur Warnung, dass es durchaus wahrscheinlich ist, dass eine große Chance durch die unersättlichen Kiefer der Kompromisse der jeweiligen Interessen so weit zernagt wird, bis die daraus folgende Gesetzgebung schließlich nur noch ein Skelett der ursprünglichen Vorstellung ist. TAKAHASHI kritisierte die japanische Politik, die darauf vertraut, hie und da dem Markt ein bisschen nachzuhelfen, anstatt sich durchgreifender staatlicher Mechanismen zu bedienen. Sowohl er wie auch KOIKE stellten eindrücklich die Schwierigkeiten dar, Wind- und geothermische Energieproduktion zu fördern. Dies ist ein scharfer Gegensatz zu dem Eifer, mit dem diese Technologien in Deutschland, in den USA und eigentlich überall entwickelt werden, um die

strengen öffentlichen Ziele für die Produktion erneuerbarer Energien und ihren Anteil an der gesamten Stromproduktion zu erfüllen.

Die zweite Gesprächsrunde stand unter dem Titel: „Post-Kyoto and the Green New Deal“. Die fünf Gesprächsteilnehmer waren IIDA Tetsunari (Managing Direktor des Institute of Sustainable Energy Policy), IKUTA Takafumi (Fujitsu Research Institute), Martin Jänicke (Vorstandsmitglied der Bundesstiftung Umwelt), Pava Sukhdev (Direktor des Economics of Ecosystems and Biodiversity Programms bei den UN) und Stacy VanDeveer (Professor an der University of New Hampshire).

Durch den unterschiedlichen Hintergrund der Gesprächsteilnehmer ergab sich eine eingehende Diskussion über die politischen Mechanismen und Prozesse, die die Kernelemente der gerade stattfindenden Energie-Revolution bilden. Alle Sprecher zeigten, dass wir uns mitten in einer industriellen Revolution befinden. Sie schilderten die unterschiedlichen Fortschritte in den einzelnen Staaten und Regionen, je nachdem wie sie das Paket der öffentlichen Politik und anderer Mechanismen entwickeln, um die Revolution erneuerbarer Energien unterstützen. Die japanischen Fachleute IIDA und IKUTA schilderten die Ablehnung der Hauptakteure in Wirtschaft und Politik, Maßnahmen der öffentlichen Hand zu nutzen, zum Beispiel Einspeisungstarife und stabile Geschäftsstandards, die gemeinhin als starker Antrieb für die Strukturierung von Marktanreizen gelten. Professor Jänicke unterstrich eindrucksvoll, dass industrielle Revolutionen immer eine herausragende Rolle des Staates kennzeichnen. Sukhdev wiederum blickte aus globaler Perspektive auf die Herausforderung, die Politik so zu gestalten, dass nachhaltige Ökosysteme gefördert werden. VanDeveer schilderte, wie man in den USA der Ablehnung auf Bundesebene unter der Bush-Regierung durch ziemlich aggressive Aktionen auf lokaler und regionaler Ebene begegnete. Immer noch unterschätzen viele Beobachter der US-amerikanischen Situation, dass das föderale System viel Raum für politisches Handeln in fortschrittlichen Staaten und urbanen Zentren ermöglicht, hinsichtlich des Klimawandels oder erneuerbarer Energien zu agieren. Was auch immer mit der Obama-Regierung und ihren Zielen auf Bundesebene geschehen wird, diese lokalen Entwicklungen werden weiterhin stärker werden. Man könnte die Politik der Obama-Regierung auch als ein Bemühen sehen, die Politik dieser fortschrittlichen Staaten zu nationalisieren oder besser, zu „föderalisieren“.

Die Konferenz zeigte, dass dies ein Jahr ist, in dem Handeln ungeheuer wichtig ist. Und die Sprecher führten sehr detailliert aus, dass der Kurs der Handlungen eine Verstärkung der Politik und der politischen Innovationen erfordert.